

Courage – eine verlorene Tugend

Wir sind Zeugen eines deutlich sichtbaren Niedergangs unserer Gesellschaft – nicht nur durch das fast widerspruchlos hingegenommene Kriegsgeschrei bezüglich der Ukraine, sondern durch das Verschwinden eines echten Dialogs der Menschen untereinander. Dieser ist kaum mehr zu finden, da Meinungsvielfalt systematisch durch „Canceln“ unterdrückt wird. Andersdenkende werden ausgegrenzt. Selbst jeder, der mit so einem Geächteten spricht, wird verdammt. Diese moderne Form der Inquisition hat auch die Brandmauer begründet. Diese ist ein Mahnmal für die Dekadenz unserer Demokratie.

Die Anmaßung der Meinungsmacher alle Widersprüche mit der Bezeichnung „rechtsextrem“ bzw. „Nazi“ zu verunglimpfen, verhindert von vorne herein einen Meinungs austausch und vergiftet die Atmosphäre. Um solchen Anfeindungen im Alltag zu widerstehen, braucht man keinen Heldenmut, sondern einfach nur Standhaftigkeit. Auch dies erfordert zwar Stärke und Widerstandskraft, aber nur so weit, dass man mit sich selbst im Einklang ist und nicht bei jedem Gegenwind einknickt. Haltung und Rückgrat haben zeigt sich nicht nur im Äußeren, sondern ist letztendlich ein Ausdruck des Charakters.

Wenn dies fehlt, mutieren wir zu jämmerlichen Underdogs, weil wir genau fühlen, dass uns die Wahrhaftigkeit abhanden gekommen ist.

Wir brauchen uns dazu nicht unbedingt zu exponieren und müssen auch nicht in der 1. Reihe kämpfen. Courage kann auch in einem schlichten „Nein“ bestehen. Genau so wie es zur Natur der Fische gehört, gegen den Strom zu schwimmen, müssen wir im Leben Rückgrat zeigen, um im gesellschaftlichen Austausch unseren Platz zu behaupten.

Courage haben verlangt von uns nicht lautes Poltern. Es genügt schon im privaten Gespräch standhaft zu bleiben oder ein Signal an die anderen, dass wir einen Missstand nicht durch Schweigen hinnehmen.

Courage verhindert somit, dass wir als Duckmäuser die Selbstachtung verlieren, aber außerdem, dass sich in unserer Gesellschaft ein Wandel vollzieht, der den Zuständen im 3. Reich ähnelt.

Dr. Klaus Kuchlbauer



Bild: KI-generiert

Kommunalwahlen

im Schatten der großen Politik

2

Heimatlos

Das Schicksal der schlesischen Vertriebenen nach 1945

4

Unsere Kandidaten

Tradition erhalten, Berchtesgadener Land schützen!

7

Kommunalwahlen

IM SCHATTEN DER GROSSEN POLITIK

Wir wählen im März Leute, die uns zwar aus unmittelbarer Umgebung bekannt sind, die aber scheinbar doch nur Ausführende dessen sind, was in München oder Berlin beschlossen worden ist. Dies konnten wir hautnah erleben, als unser Landrat den Lockdown gewissermaßen als einen Probelauf für das ganze Land bereits 14 Tage vor allen anderen ausrief, wohl auf Geheiß von Ministerpräsident Söder, der extra deswegen hierher gekommen war. All die unsinnigen Maßnahmen wie Absperrungen von Parkplätzen und ein Bewegungskorridor von 15 km im Umkreis wurden uns damals zugemutet, obwohl keinerlei sinnvolle Begründung dafür genannt werden konnte. Wir lieferten damit also den Praxistest für die Durchführbarkeit des Lockdowns. Bekanntlich waren dies Eingriffe in unsere Freiheit, die nicht vom Grundgesetz

gedeckt waren. Nun müssen wir uns also fragen: Sind unsere Kommunalpolitiker nur die Marionetten der Münchner oder Berliner Politprominenz?

Diese Frage können wir mit eindeutigen „Ja“ beantworten, denn auch bei anderen umstrittenen politischen Entscheidungen fallen sie den Parteioberen nicht in die Arme. Wir erleben dies jetzt im Ukraine Konflikt, wo alle im Chor der Kriegshetzer mit singen. Jeder Kreisverband hätte die Parteioberen hier zurückpfeifen müssen, Schließlich ist Deutschland genug von den Folgen der beiden Weltkriege gebrandmarkt. Man hat ja beinahe den Eindruck, dass die Parteimitglieder der Auffassung sind: „Die da oben machen’s schon richtig. Schließlich haben sie ja die Verantwortung. Dass sie aber verantwortungslos oder fern-

gesteuert sein könnten, kommt dem Normalbürger nicht in den Sinn.

Gerade deshalb müssen wir auch ein wachsames Auge auf das Treiben der Politiker in unserer Region haben. Sie tragen nämlich auch Mitverantwortung für die Entscheidungen Ihrer Parteigenossen in Berlin und Brüssel, weil sie diese sowohl bei der Wahllistenaufstellung und durch die Akzeptanz des Wahlprogramms unterstützen. Genau so machen sie sich durch das Ausbleiben eines Widerspruchs bei offenkundigem Bruch der Wahlversprechen wie bei Herrn Friedrich Merz mitschuldig. Auch wenn der Spielraum der Politiker vor Ort gering ist und sich größtenteils nach den Vorgaben der Landes- und Bundespolitik richten muss, so sollte das Ergebnis für den Bürger eine Verbesserung der Lebenssituation bringen.

Wir von der AfD fordern deshalb:

- Beibehaltung der Barzahlungsmöglichkeit in allen kommunalen Einrichtungen
- Erhalt natürlicher Umgebung statt Errichtung von Solarparks und Windrädern
- Bedarfsorientierte Beschränkung der Ausweitung von Einkaufszentren und Industriegebieten
- Transparenz bei den Sozialleistungen der Kommunen für Migranten.
- Schutz unserer Kinder vor Frühsexualisierung in Kitas und Schulen.
- Mehr Wohnraum für Einheimische – keine Bevorzugung von Migranten

Klaus Kuchlbauer

ZEIT FÜR DIE ALTERNATIVE.

Komm, wir retten unsere Heimat!

AfD

IST FREILASSING ERWACHT ODER MACHT MAN JEDEN MIST MIT?

Wußten Sie, daß der Juni 2025 ein Monat des Stolzes war? Worauf sollte man schon stolz sein? Den längsten Sonnenschein-tag des Jahres hat man auch in anderen deutschen Städten. Den Stolzmonat gab es auch nur bei den bösen Rechten. Und zwar als Gegenentwurf zum Pride Month.

Die TAGESschau schreibt:

„Wie Rechtsextreme den Pride Month umdeuten wollen“

Stand: 31.05.2025 13:06 Uhr

Der Juni wird seit Jahrzehnten als Pride Month ausgerufen, um für die Rechte und Sichtbarkeit von queeren Menschen einzustehen. Doch in rechtsextremen Kreisen hat sich eine Gegenbewegung etabliert - mit ernsthaften Folgen.“

Und um welche „ernsthaften Folgen handelt es sich? Die TAGESschau klärt auf:

„Über den Kampfbegriff der sogenannten Frühsexualisierung werde versucht, queere Menschen als eine Gefahr vor allen Dingen für Kinder, aber auch für die Gesellschaft im Allgemeinen, darzustellen.“

Zum Thema Frühsexualisierung und sexualpädagogische Konzepte, die Kindergärten immer häufiger vorweisen, schreibt EMMA am 30.10.2024:

Eine Kita in Kerpen, Januar 2024: Ein Kindergarten gerät in die Schlagzeilen, weil er seinen Kindern einen „Masturbationsraum“ angeboten hatte. Genau wie die Leipziger Kita führte auch die Kerpener Kita das „sexualpädagogische Konzept“ als Begründung für die aufgebrachten Eltern an. Einzelne Kinder durften sich „ihren Bedürfnissen entsprechend in einen geschützten Raum zurückziehen, um sich körperlich zu

entdecken und zu befriedigen“, hieß es. Auf Seite 13 des „sexualpädagogischen Konzepts“ (das der Redaktion vorliegt) heißt es explizit über Zweijährige: „Das Kleinkind erforscht seine Genitalien und auch die Genitalien der Bezugsperson (Mutter, Vater, Geschwister). Dieses Verhalten entspricht dem kindlichen Neugierverhalten und sollte in der Ausübung nicht verhindert (verboten oder unterbunden) werden.“

Entscheiden Sie selbst: Ist der Begriff Frühsexualisierung ein Kampfbegriff oder ein Ausdruck der Besorgnis?

Die Debatte um Drag-Queen-Lesungen in Kindergärten hat in diesem Jahr Fahrt aufgenommen. Es gibt tatsächlich Eltern, die es ihren Kindern nicht zumuten wollen, daß Männer als Frauen auftreten. Der Verwirrung grundlegender biologischer Kenntnisse werden Tür und Tor geöffnet.

Zu der Zeit als es noch keine Ultraschallgeräte gab, war die spannende Frage bei der Geburt: „Ist es ein Junge oder ein Mädchen?“ Heute soll das keine Rolle mehr spielen. Ein Blick zwischen die Beine des Neugeborenen reicht nicht. „Wie wird es sich in 10 oder 15 Jahren fühlen?“ Darauf scheint es anzukommen.

Was hat Freilassing damit zu tun?

Nun, hier gibt es ein „Kinder- und Jugendbüro“ der Stadt Freilassing. Und dort findet man es ganz großartig, Kinder aufzuklären über:

- Pansexualität
- Homosexualität
- Asexualität
- Bisexualität
- Transgender
- Nicht binär
- LGBTQIA +

Sie haben den Buchstabensalat schon einmal gehört, wissen aber nicht, was er zu bedeuten hat? „Hier werden Sie geholfen“, sagte einst Verona Pooth, EX-Gattin von Dieter Bohlen. L steht für Lesbian, G für Gay (schwul), B für Bisexuell, T für Transgender und Q für Queer, I für Intersex, A für Asexual und + für alles andere, was in der Buchstabensuppe nicht enthalten ist. Halt, stop! Der Buchstabe N für Normalos ist ausgelassen. Die Liebesbeziehung, aus denen die Leiter, Besucher, Finanzierer, Zahler des Kinder & Jugendbüros hervorgegangen sind, wird nicht erwähnt. Dabei ist sie das Wichtigste in unserer Menschenwelt. Ohne die wunderbare, schöne, anstrengende, herausfordernde und glücklich machende Liebe zwischen Frau und Mann gäbe es uns alle nicht.

Nun ergibt sich die Frage: Wer hat das genehmigt, in die Wege geleitet, den Auftrag gegeben, ihn ausgeführt, die Kosten getragen?

Zum letzten Punkt gibt es eine Teilantwort: Auf dem Plakat „Schon mal so gefühlt“ steht: Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (Wie schön, daß Männer nicht hervorgehoben werden. Es genügt, wenn sie den Unsinn bezahlen.)

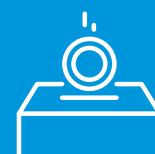
Inwieweit der Freilassinger Haushalt belastet wird, entzieht sich meiner Kenntnis. Die entscheidendere Frage lautet jedoch: Warum gibt es keinen Widerstand gegen eine woke Clique, die keine Rücksicht mehr nimmt auf die formbarsten und kleinsten, die Kinder?

Hein Tiede

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende!

Bankverbindung: AfD KV Berchtesgadener Land

IBAN: DE68 7105 0000 0020 5352 07 • Verwendungszweck: Wahlkampfspende



HEIMATLOS

DAS SCHICKSAL DER SCHLESISCHEN VERTRIEBENEN NACH 1945

Als 1945 der Krieg endete, bedeutete das für Millionen Deutsche aus Schlesien nicht Frieden, sondern den Beginn einer Tragödie. Etwa 4,6 Millionen Menschen lebten vor Kriegsbeginn in der historisch deutschen Region Schlesien. Als die Rote Armee im Januar 1945 in das Gebiet vorrückte, begann eine der größten Fluchtbewegungen der europäischen Geschichte: Rund 1,6 Millionen Schlesier flohen zunächst ins Sudetenland, weitere 1,6 Millionen zogen weiter in Richtung Westen.

Zehntausende verloren auf diesem Weg ihr Leben. Hunger, Kälte und Gewalt begleiteten die Flüchtlingstrecks. Laut der „Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten“ kamen über 51.900 Schlesier namentlich erfasst ums Leben, während mehr als 210.000 Schicksale unaufgeklärt blieben – ein Bevölkerungsverlust von nahezu 14 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Der Verlust von Eigentum und Heimat

Die Vertreibung erfolgte auf Grundlage der sogenannten Bierut-Dekrete, die

das gesamte Eigentum von Deutschen „zugunsten des polnischen Staates“ einzogen. Häuser, Höfe, Werkzeuge, Felder – alles, was über Generationen aufgebaut worden war, fiel in fremde Hände. Wer fliehen konnte, tat es mit dem, was auf einen Handwagen passte. Wer blieb, wurde oft zur Zwangsarbeit verpflichtet oder später deportiert.

Für die Betroffenen bedeutete dies nicht nur den Verlust materieller Lebensgrundlagen, sondern den Verlust der kulturellen Identität. Dörfer erhielten neue Namen, Friedhöfe wurden zerstört, deutsche Schulen und Kirchen geschlossen. Eine jahrhundertealte Kulturlandschaft wurde ausgelöscht.

Im Westen: Not, Ablehnung und Neubeginn

Zwischen 12 und 14 Millionen Deutsche aus den Ostgebieten strömten bis 1950 in das zerstörte Nachkriegsdeutschland. Auch die schlesischen Familien kamen mittellos in einem Land an, das selbst in Trümmern lag. Sie wurden in leeren Kasernen, Schulen oder auf Bauernhöfen untergebracht – oft in Notquartieren, ohne Heizmaterial, Kleidung oder Nah-

rung. In vielen Dörfern begegnete man den Neuanrücklingen mit Argwohn. Sie wurden „Fremde im eigenen Land“.

Viele litten an Unterernährung, Krankheiten und Arbeitslosigkeit. Einige fanden erst viel später neue berufliche Perspektiven, vor allem durch den wachsenden Arbeitskräftemangel während des Wiederaufbaus in den 1950er Jahren.

Der Lastenausgleich – Ein unvollständiger Ersatz

Die staatliche Unterstützung blieb lange Zeit bescheiden. Erst 1952 verabschiedete der Bundestag das Lastenausgleichsgesetz (LAG), um „den durch Krieg und Vertreibung besonders Geschädigten“ eine gewisse Entschädigung zukommen zu lassen. Der Fonds wurde durch die Vermögens-, Hypothekengewinn- und Kreditgewinnabgabe finanziert – Abgaben, die von Bürgern mit größerem Vermögen erhoben wurden.

Insgesamt wurden über die Jahrzehnte rund 145 Milliarden D-Mark ausgeschüttet, davon etwa ein Drittel direkt aus diesen Sonderabgaben finanziert. Doch die Zahlungen, gestaffelt nach Verlusthöhe, konnten das, was verloren ging, kaum ersetzen: die Heimat, das Eigentum, die Nachbarschaften und das Zugehörigkeitsgefühl.

Der lange Schatten der Vertreibung

Trotz all dieser Entbehrungen gelang es den Schlesiern, neue Orte zu schaffen, an denen ihre Kultur weiterlebte. Städte wie Hannover, Stuttgart, München oder Düsseldorf wurden zu Zentren der Landsmannschaften. Schlesische Bräuche, Rezepte und Dialekte überdauerten Generationen – stille Erinnerungen an eine Welt, die ausgelöscht, aber nie vergessen wurde.



Mit dem Bollerwagen ins Ungewisse: Millionen flohen 1945 aus den Ostgebieten Deutschlands. (Bild: KI-generiert)

Die Geschichte der schlesischen Vertriebenen ist ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, das geprägt ist von Leid, Verlust und unermüdlicher Aufbaukraft. Sie zeigt, dass das, was Menschen an Besitz verlieren können, niemals den Ort in ihren Herzen nimmt, der einmal Heimat hieß.

Vertriebene einst – Migranten heute

Die Geschichte der deutschen Vertriebenen aus Schlesien nach 1945 ist eine Geschichte von Leid, Verlust und Neubeginn. Über 4,6 Millionen Schlesier mussten ihre Heimat verlassen; mehr als 51.000 kamen ums Leben, Hunderttausende blieben vermisst. Sie erreichten ein vom Krieg zerstörtes Deutschland, in dem sie zunächst ohne staatliche Hilfen und ohne Besitz auskommen mussten. Erst 1952 kam mit dem Lastenausgleichsgesetz eine begrenzte Entschädigung – über Jahrzehnte wurden dabei rund 145 Milliarden D-Mark ausgezahlt, ein symbolischer, kein tatsächlicher Ausgleich.

Nach 2014: Deutschlands neue Flüchtlingspolitik

Fast siebzig Jahre später, in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ ab 2014, zeigte sich ein völlig anderes Bild. Während die Vertriebenen einst kaum Unterstützung erfuhren, mobilisierte die Bundesregierung unter Angela Merkel enorme Ressourcen für Migranten, vor allem für Glücksritter aus Syrien, Afghanistan und Afrika.

Im Jahr 2015 registrierte das Ausländerzentralregister etwa 1,1 Millionen Migranten, ein Anstieg um über 580.000 Personen gegenüber dem Jahr 2014. Insgesamt wurden allein 2015 mehr als 890.000 Erstanträge auf Asyl gestellt – die höchste Zahl in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts lebten bis Juni 2022 fast drei Millionen Menschen mehr in Deutschland als Ende 2014 – ein wachstumsbedingter Anstieg im Wesentlichen durch Migration.

Zwei Realitäten

Die Gegenüberstellung zeigt, wie sich Deutschlands Haltung zu Flucht und Vertreibung in nur wenigen Jahrzehnten gewandelt hat:

Aspekt	Schlesische Vertriebene (ab 1945)	Migranten seit 2014
Zahl der Betroffenen	ca. 4,6 Mio. Schlesier	über 5 Mio. Geflüchtete (2014–2024)
Staatliche Unterstützung	kaum vorhanden, später Lastenausgleich (145 Mrd. DM über 40 Jahre)	ca. 28 Mrd. € jährlich
Unterbringung	Baracken, Notlager, Privatquartiere	staatliche Erstaufnahmen, Hotels, Wohnungen
Monatliche Bezüge	keine systematische Unterstützung	299–441 € monatlich + Unterkunft
Rechtlicher Status	deutsche Staatsbürger	Asylbewerber / Schutzsuchende
Dauerhafte Integration	selbst erarbeitet, Jahrzehnte dauernd	staatlich gefördert, umfangreiche Programme

Finanzielle Dimensionen

Die staatlichen Aufwendungen für Zuwanderung und Integration stiegen stark an. Bereits 2016 lagen die Kosten der Flüchtlingsmigration zwischen 20 und 45 Milliarden Euro jährlich, je nach Szenario. Nach aktuellen Berechnungen von 2025 gaben Bund und Länder etwa 28 Milliarden Euro pro Jahr für Asylbewerber, Unterbringung und Integrationsmaßnahmen aus.

Die monatlichen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz betragen seit Januar 2025 zwischen 299 € und 441 € pro Person, je nach Bedarfsstufe, zusätzlich zu Unterkunft, medizinischer Grundversorgung und Bildungszugängen. Zum Vergleich: Viele Vertriebene der Nachkriegsjahre lebten jahrelang in notdürftigen Lagern, ohne Anspruch auf regelmäßige öffentliche Unterstützung oder Entschädigung.

Politische Haltung und gesellschaftliche Wirkung

Die Schutzsuchenden nach 2014 wurden offiziell als humanitäre Herausforderung begrüßt. Kanzlerin Merkel formulierte 2015: „Wir schaffen das.“ Daraus wurde ein politisches wie kulturelles Leitmotiv – Integration, Vielfalt

und Weltoffenheit prägten das Selbstbild vieler Institutionen. Währenddessen wuchs bei Teilen der Bevölkerung der Eindruck, dass Migranten finanziell bevorzugt würden, während Rentner, Geringverdiener und Alteingesessene das Nachsehen hätten.

Zahlen unterstreichen diese Spannungen: Rund die Hälfte der Bezieher von Bürgergeld (früher Hartz IV) hat inzwischen einen ausländischen Pass. Gleichzeitig fließen Milliardenbeträge in Integrationskursprogramme, Wohnraumbeschaffungen und Sozialleistungen.

Ein Wandel der Maßstäbe

Während die schlesischen Vertriebenen einst als mittellose Deutsche in einem zerstörten Land ums Überleben kämpften, erleben heutige Migranten eine staatlich koordinierte Integrationspolitik mit Milliardenbudgets, rechtlichem Schutz und Sozialleistungen. Diese Diskrepanz verweist nicht auf Schuld oder Anspruch, sondern auf den tiefgreifenden Wandel der politischen Kultur: Von der Notgesellschaft der Nachkriegszeit zu einem wohlhabenden Sozialstaat, der humanitäre Hilfe institutionell organisiert.

Doch für viele Nachkommen der Vertriebenen bleibt die Erinnerung daran, dass ihre Eltern und Großeltern einst mit nichts ankamen – ohne Glanz, ohne Geld, aber mit der Würde, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen.

Eine Lehre aus der Geschichte

Der Umgang mit den schlesischen Vertriebenen zeigt, dass man in Deutschland auch unter größter Not Aufnahme fand – aber aus eigener Kraft, nicht durch endlose Subventionen. Der Wiederaufbau beruhte auf Arbeit, Verzicht und Zusammenhalt. Heute hingegen scheint das Land Gefahr zu laufen, sich finanziell zu verausgaben, ohne dass Integration und gesellschaftlicher Frieden wirklich gelingen.

Die Lehre aus der Geschichte könnte lauten: Hilfsbereitschaft braucht Grenzen, wenn sie die Grundlagen eigener Stabilität gefährdet. Deutschland muss humanitäre Verantwortung und nationale Selbstbehauptung wieder ins Gleichgewicht bringen – sonst droht nicht Solidarität, sondern Überforderung.

Dieser Artikel ist eine Hommage an meine Großeltern, deren Leben von Mut und Leid geprägt war. Auch sie mussten ihre Heimat in Schlesien hinter sich lassen, weil sie täglich Schikanen und Bedrohungen ausgesetzt waren und um das Leben ihrer Kinder fürchteten. Mein Großvater, ein Mann von stiller Stärke, wurde gezwungen seinen eigenen Na-

men „Kernbach“ abzulegen - zu deutsch klang er, weil er in einem Staatsbetrieb mit Lastwagen und Bussen arbeitete.

Für mich jedoch war er immer „Opa-Bus“ – ein liebevoller Held, dessen Erinnerungen mir Kraft geben.

Dieser Artikel ist ein Versuch, ihre Geschichte lebendig zu halten, ihre Opfer nicht vergessen zu lassen und das Erbe ihrer Hoffnungen und Träume weiter zutragen. In jeder Zeile spüre ich ihre Nähe, ihren Glauben an einen Neubeginn und die stille Würde, mit der sie das Unvorstellbare tragen mussten.

Stefan Kura

AfD-BÜRGERMEISTERKANDIDAT IN TITTMONING

Die Alternative für Deutschland (AfD) stellt in der schönen Salzachstadt Tittmoning, die früher zum Landkreis Lau-

fen gehört hat, einen Bürgermeisterkandidaten auf: Sebastian Gruttauer.

Laut Gruttauer ist für einen AfD-Kandidaten immer noch Mut erforderlich: „Neben den strukturellen Herausforderungen einer noch jungen Partei gibt es ein weiteres Problem: Repression, die ich selbst erlebt habe. Unternehmer sorgen sich um ihr Geschäft, Arbeiter um ihren Arbeitsplatz, und junge Eltern befürchten Benachteiligungen ihrer Kinder, wenn sie sich offen zur AfD bekennen.“

Jeder muss für sich entscheiden, ob er sich gegen Einschränkungen der Meinungsfreiheit und eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses stellt. Eine laute Minderheit versucht, eine schweigende Mehrheit einzuschüchtern. Damit muss Schluss sein.“ Als Beispiel für die Notwendigkeit einer politischen Alternative auf kommunaler Ebene nannte Gruttauer die Energiepolitik. „Unsere Region liegt in einem Schwachwindgebiet. Ungeachtet der Umweltauswirkungen ist die Wirtschaftlichkeit fraglich. Dennoch winken die etablierten Parteien entsprechende Projekte durch – wir nicht. Wir stehen für eine vielfältige Demokratie, die alle Positionen abdeckt.“



Kandidaten des AfD-Kreisverbandes zur Kommunalwahl 2026

UNSER MOTTO: TRADITION ERHALTEN, BERCHTESGADENER LAND SCHÜTZEN!

FÜR DEN KREISTAG:

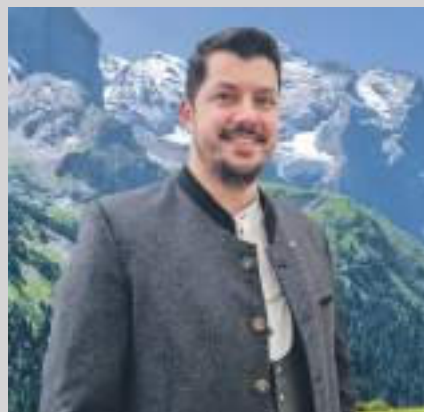


1. Jens Schosnowski // Diplom Betriebswirt (FH);

Er vertritt die AfD bereits seit 2020 im Kreistag und führt als Kreisvorsitzender die Liste als Spitzenkandidat an. Sein ehrgeizige Ziel: Das Ergebnis der vergangenen Kommunalwahl zu verdoppeln. Er wird bundespolitische Positionen der AfD stärker auf die kommunale Ebene übertragen und zugleich konkrete Antworten auf regionale Herausforderungen geben. „Darauf kann sich der Wähler verlassen“ so Schosnowski wörtlich.



2. Michael Brandl // Einzelhandels-Kaufmann, Handwerker



3. Dennis Doblies // HptFw der Luftwaffe, Fluggerätemechaniker

FÜR DEN STADTRAT BAD REICHENHALL:

1. Siegfried Joos // Rentner
2. Uwe von Faltn // Rentner
3. Gertud Rössert // Rentnerin

FÜR DEN GEMEINDERAT TEISENDORF:

1. Gerhard Eglseer // Qualitätsfachmann i.R.
2. Horst Bork // KFZ-Mechaniker
3. Lothar Seipke // Facharbeiter und Ausbilder

FÜR DEN STADTRAT FREILASSING:

1. Hein Tiede // Lehrer i.R.
2. Silke Hartmann // Rentnerin, Stadträtin
3. Marion Dietz // Rentnerin

FÜR DEN GEMEINDERAT AINRING:

1. Manuel Hausmann // Maurer
2. Robert Niedermann // Bäckermeister und Betriebswirt
3. Dr. Werner Bellmann // Internist

CORONA – EIN MEILENSTEIN IN DER GESCHICHTE

Alle Fakten, die wir anlässlich der Corona-Zeit erleben mussten, haben schließlich dazu geführt, dass die meisten ihr Weltbild massiv verändert haben: Das Vertrauen in die Berichterstattung der Medien wurde massiv erschüttert, der Glaube, dass sich die von uns gewählten Politiker um eine Verbesserung der Lebensbedingungen bemühen, musste über Bord geworfen werden, und das Vertrauen, dass wir durch das Grundgesetz einen sicheren Schutz vor Willkür haben, musste in Frage gestellt werden. Die ausschweifende Gier mancher Mandatsträger bei den Maskendeals und und weitere Aktionen von Politikern öffneten uns die Augen, dass unser ganzes Staatssystem in Schiefelage geraten ist.

Auch wenn in manchen Länderparlamenten inzwischen mit der Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen begonnen wurde, so drücken sich die Verantwortlichen der Bundesregierung immer noch um diese Aufarbeitung bzw. um die Leistung von Schadensersatz herum, auch wenn die Flut von Fehlentscheidungen inzwischen offenkundig ist (siehe RKI-Protokolle). Die weltweite Inszenierung eines Angriffs auf die Bevölkerung öffnete uns die Augen, dass hinter den verantwortlichen Akteuren noch andere Strippenzieher aktiv sind. Diesen Umstand bezeichnete der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Seehofer folgendermaßen: „Die, die gewählt sind, haben nichts zu

entscheiden, und die, die entscheiden, sind nicht gewählt.“ Der britische Premierminister Benjamin Disraeli (1804 – 1881) drückte dies so aus: „Die Welt wird von ganz anderen Persönlichkeiten regiert, als diejenigen glauben, die nicht hinter die Kulissen blicken.“

Wir haben seither also die Chance auf eine Veränderung unseres Weltbildes erhalten.

Ob sich dadurch auch die Umstände ändern, sei dahin gestellt. Immerhin führt dieser Aufwachprozess näher an die Realität heran und damit auch zur Lösung der Probleme und zur möglichen Abwehr vieler Gefahren für unser Leben.

Auch wenn die Zahl derer, die zwar gemeinhin als Verschwörungstheoretiker, Aluhutträger, Corona- oder Klimaleugner bzw. Putinverstehler diskreditiert werden, in den letzten Jahren zunehmend angestiegen ist und sich damit die allgemeine Realitätswahrnehmung verbessert hat, so muss man dennoch die Aussage des bekannten Journalisten Patrick Baab bestätigen: „Deutschland döst in den Untergang“. Dies ist vor allem auf die Manipulationen der Mainstream-Medien (MSM) zurück zu führen. Dem Deutschen Michel kann man eben jeden Bären aufbinden. Doch der immer schneller werdende Absturz unserer Wirtschaft und dessen spürbare Folgen im eigenen Portemonnaie

werden wohl den meisten Bürgern die Augen öffnen. Damit wird auch das große Menschheits-Verbrechen der sog. Covid-Impfungen, das eigentlich ein Biowaffenangriff war, für alle offenbar werden, und die Geschädigten können die Chance auf Entschädigung erhalten. Neueste Forschungsergebnisse zeichnen jedoch ein Besorgnis erregendes Bild, denn die Kombination aus den gefährlichen Substanzen, die den sog. Impfstoffen beigefügt wurden (aionische Nanolipide, Hydrogele, Graphenoxid und diverse Schwermetalle) und die durch Chemtrails von Flugzeugen versprühten Giftstoffe (angeblich zur Verhinderung der Erderwärmung erzeugter künstlicher Nebel) bewirken eine tödliche Mischung für die ganze Biosphäre, wenn dies auch ursprünglich zur Verbindung von Nanotechnologie und Biotechnologie entwickelt wurde. Die meisten Menschen nehmen dies nicht wahr und erkennen auch nicht, dass das überall sichtbare Insektensterben damit zusammenhängt.

Dieser Aufwachprozess kann uns auch die Augen für weitere Angriffe gegen uns öffnen: Geoengineering (Wettermanipulationen mit oft unvorhersehbaren Zerstörungen wie im Ahrtal, bei Valencia u.a.), das Auslösen künstlicher Erdbeben und die Lüge des vom Menschen (CO₂) gemachten Klimawandels, die uns wirtschaftlich ruiniert.

Dr. Klaus Kuchlbauer

ZURÜCK ZUM KONNEXITÄTSPRINZIP!

Ob Bund, Land, Bezirk, Kreis oder Gemeinde – eines haben alle gemeinsam: ihre finanzielle Situation lässt sich mit einem einzigen Fäkalausdruck treffend zusammenfassen. Der Bezirk Oberbayern ist hier keine Ausnahme. Während Gemeinden unter den wachsenden Umlagen der Kreise und Bezirke ächzen und in diesen Verwaltungsebenen geeignete Prügelknaben zu erkennen glauben, lohnt sich ein Blick in die Situation der Bezirke, um zu verstehen, wo die Probleme wirklich liegen:

Die Grünen-Fraktionschefin im Bundestag, Katharina Dröge, mag den Anteil von Sozialem im Bundeshaushalt nicht kennen; die AfD-Fraktion im Bezirk Oberbayern kennt die Zahlen dagegen nur zu gut: der notorische „Einzelplan 4 - Soziales“ belegt konstant etwa 92% des Bezirkshaushalts, wirkt also im Vergleich mit allen anderen Bereichen wie ein Blauwal in einem Sardinenschwarm. Hinzu kommt, dass es sich bei diesem Schwergewicht hauptsächlich um Pflichtaufgaben handelt, welche durch die Sozialgesetzbücher geregelt sind, sowie um delegierte Aufgaben, die dem Bezirk von höheren Verwaltungsebenen übertragen wurden.

Das bedeutet, dass die Handlungsfreiheit des Bezirks in Wirklichkeit äußerst knapp bemessen ist und er zum Spielball finanzieller Entwicklungen wird, auf die er selbst keinen Einfluss hat.

Zwei Beispiele: 1. Die kontinuierlich wachsenden Sozialgesetzbücher weiten den Kreis der Leistungsberechtigten stetig aus. Es steigt aber nicht nur die Zahl der Leistungsempfänger, auch die Kosten im Einzelfall wachsen rasant: Inflation, Energiepreise und Fachkräftemangel verursachen beispielsweise Tarifierungen beim Pflegepersonal. Diese anschwellenden Kosten hat der Bezirk volens nolens zu finanzieren und holt sich die nötigen Mittel – auf dem

Umweg über die Landkreise – von den Gemeinden sowie von den kreisfreien Städten.

Betrachtet man nun daneben die stagnierenden Einnahmen der Kommunen, z.B. aufgrund der Insolvenz- und Abwanderungswelle bei Betrieben, so wird schnell klar, dass sich hier eine Schere auftut, die geradewegs in den finanziellen Abgrund führt.

Beispiel 2: Wird ein junger unbegleiteter Flüchtling volljährig, so fällt er dennoch in die Obhut des Jugendamtes. Dieses bekommt die nötigen Mittel vom Bezirk, der wiederum erhält eine Fallpauschale vom Land. Theoretisch reicht der Bezirk also lediglich Geld weiter und erledigt die Verwaltungsarbeit. Das Haar in der Suppe: Der Bezirk muss die tatsächlichen Kosten von durchschnittlich €120 pro Person und Tag an die Jugendämter bezahlen, erhält vom Land aber lediglich eine Pauschale von 50 € und bleibt obendrein auf den Verwaltungskosten sitzen. Dieser Vorgang kostet den Bezirk Oberbayern im kommenden Jahr ca. 45 Mio. €.

Wie geht man nun mit dieser misslichen Situation um? Ein möglicher, jedoch unpopulärer Weg ist die Erhöhung der Bezirksumlage auf Kosten der Kommunen. Ein zweiter Weg ist die Aufnahme von Schulden, welche jedoch lediglich die Bezirksumlage von morgen

darstellen und eine zusätzliche Belastung durch Zinsen mit sich bringen. Ein dritter Weg ist das hoffnungsvolle Warten auf November, wenn in einem meist intransparenten Kuhhandel zwischen Bezirken und Freistaat die sogenannten „FAG 15-Mittel“ als Finanzausgleich ausgeschüttet werden, um das Schlimmste zu verhindern. Dass dieser erfrischende Geldregen gleichfalls aus der Tasche des Steuerzahlers stammt, spielt dabei offenbar zunächst keine Rolle.

Freilich können diese Überlebensaktiken die Probleme lediglich kaschieren, aber nicht bei der Wurzel anpacken. Echte Lösungen müssen vielmehr auf Landes- und Bundesebene erarbeitet werden. Zunächst gilt es, das Konnexitätsprinzip („wer anschafft, zahlt“) konsequent durchzusetzen. Wo das Land Aufgaben an die Bezirke delegiert, sind selbstredend auch die nötigen Finanzmittel mitzuliefern. Daneben muss man sich eingestehen, dass wir uns unseren luxuriösen Sozialstaat nicht mehr leisten können, solange wir unsere Wirtschaft weiterhin durch kostspielige Hirngespinnste wie Energiewende und Besteuerung der Luft in den Ruin treiben.

Man kann eben jeden Euro nur einmal ausgeben - und jenen, der nicht erwirtschaftet wird, gar nicht.

Bezirksrat Dr. Tassilo Erhardt



Wohnungsvergabe in Bad Reichenhall:

EINHEIMISCHE WARTEN – ANDERE ZIEHEN EIN

In Bad Reichenhall sorgt ein aktueller Fall für erheblichen Unmut unter Bürgern – und wirft ein Schlaglicht auf ein Problem, das bundesweit an Brisanz gewinnt: Die Frage nach einer fairen, transparenten und nachvollziehbaren Vergabepraxis für staatlich verwaltete Wohnungen.

Besonders deutlich wird dies am Beispiel einer Familie aus der Reichenbachstraße. Diese Familie wartete über Jahre hinweg vergeblich auf ein Wohnungsangebot der Bad Reichenhaller Wohnbau GmbH (WBG). Trotz fortlaufender Anfragen, trotz dringender Notwendigkeit und trotz Ortsbindung blieb die Familie ohne Ergebnis – und hat sich schließlich dazu entschlossen, den Landkreis Berchtesgadener Land ganz zu verlassen. Eine Entscheidung, zu der sich heutzutage immer mehr Einheimische gezwungen sehen.

Parallel dazu wurde nun bekannt, dass die frei werdende Wohnung dieser Familie künftig von einer ukrainischen Staatsbürgerin übernommen wird.

Brisant daran: Die betreffende Person erhielt nach übereinstimmenden Angaben innerhalb von nur zwei Wochen gleich zwei Wohnungsangebote – eines davon konnte sie sogar ablehnen.

Damit stehen zwei Realitäten nebeneinander, die kaum gegensätzlicher sein könnten:

Auf der einen Seite eine Familie, die über Jahre hinweg kein Angebot erhält und ihre Heimat verlässt. Auf der anderen Seite eine Antragstellerin, die in kürzester Zeit zweifach bedacht wird.

Der betroffene Bürger, der sich bereits schriftlich an Oberbürgermeister Dr. Christoph Lung gewandt hatte, sieht dadurch zentrale Aussagen des Rathauschefs als widerlegt. Dr. Lung hatte zuvor betont, es gebe keinerlei Bevorzugung bestimmter Gruppen und die WBG halte sich strikt an eine „diskriminierungsfreie“ Vergabepraxis. Doch das tatsächliche Geschehen lässt bei vielen Bürgern Zweifel aufkommen.

Denn während manch einer trotz langjähriger Arbeit, Steuerzahlung und Ortsverbundenheit leer ausgeht, scheint es für andere erstaunlich schnell zu gehen – und gerade diese Diskrepanz sorgt für erheblichen Ärger im Stadtgebiet.

Dass inzwischen sogar einheimische Familien den Landkreis verlassen, weil sie sich auf dem lokalen Wohnungsmarkt chancenlos fühlen, ist ein Alarmzeichen, das Politik und Verwaltung ernst nehmen müssten. Der soziale Frieden vor Ort beginnt dort zu bröckeln, wo der Staat seine eigenen Bürger nicht mehr auffangen kann.

Der Fall zeigt: Die Vergabepraxis der städtischen Wohnraumverwaltung braucht Transparenz, Nachvollziehbarkeit – und vor allem das Vertrauen der Menschen, die hier leben. Solange Einheimische das Gefühl haben, systematisch benachteiligt zu sein, wird dieses Vertrauen weiter sinken.

Marius Steffen Räth

IMPRESSUM: **WATZMANN** *Bote*

Herausgeber:
AfD Kreisverband Berchtesgadener Land
Jens Schosnowski
Vorsitzender des KV BGL
Poststr. 20, 83435 Bad Reichenhall

E-Mail: info@afd-bgl.de
Internet: www.afd-bgl.de
Facebook: <https://www.facebook.com/AfDBgL>

Politische Werbung gemäß EU-Verordnung 2024/900

Redaktion: Dr. Klaus Kuchlbauer

Bildnachweise: Dr. Kuchlbauer; MQ-Illustrations - stock.adobe.com
KI-generiert und privat

©AfD KV Berchtesgadener Land, Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Genehmigung. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte wird nicht gehaftet.



POLITISCHE LÜGEN UND MIGRATION

Im sog. „Warren Report“ nach der Ermordung von J.F.Kennedy 1967 sollten alle Zweifler an der offiziellen Version als Verschwörungstheoretiker bezeichnet werden. Je nach deren gesellschaftlicher Stellung sollte gegen solche Personen reagiert werden: Abweichler vom offiziellen Narrativ werden stigmatisiert, diffamiert und bei größerer Reichweite ihrer Kritik sogar hart bestraft (Hausdurchsuchung, Kontosperrung, U-Haft und Anklage). Regierende Spitzenpolitiker können gemäß ihrer Machtposition, die das Gewaltmonopol beinhaltet, somit all jene, die ihr Handeln hinterfragen oder gar Lügen aufdecken, mit einer mehrstufigen Reaktionslogik bedrängen. Das scheint ja immer noch aktuell zu sein.

Dies ist natürlich eklatanter Machtmissbrauch, denn das Grundgesetz ist zum Schutz des Bürgers geschaffen worden, weshalb Delegitimierung der Regierenden nicht vom Bürger aus erfolgen kann. Vielmehr müssen sich die Regierenden legitim, also nach den Vorgaben des Grundgesetzes verhalten. Die Organe des Staatsschutzes, also Verfassungsgericht und Verfassungsschutz (BND) müssen die Regierung beobachten und kontrollieren. Jede Mauschelei zwischen den Säulen des Staates (Legislative, Judikative und Exekutive) ist daher obsolet. Spätestens seit 2015 sind wir alle einem solchen, deutlich wahrnehmbaren Lügengeflecht ausgesetzt, da uns bezüglich der Massenmigration ständig weiß gemacht wird, dass dies alles wegen des Fachkräftemangels dringend notwendig sei. Die Folgen der Rechts- und Eidbrüche von Frau Merkel spüren wir alle heute deutlich:

Im Jahr 2022 wohnten in Deutschland rund 83,1 Millionen Menschen, davon 59 278 Millionen ohne Migrationshintergrund, sowie 12 191 Millionen Perso-

nen mit Migrationshintergrund und Deutscher Staatsbürgerschaft. Im Jahr 2023 sind rund 190 000 Asylanträge gestellt worden und die Bundespolizei registrierte seither 43.815 unerlaubte Einreisen, was einem Anstieg um 51 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Polizeigewerkschaft warnt vor einem deutlichen Anstieg der damit verbundenen Straftaten und dem Eindringen von Terrorismus in unser Land. Diese forcierte Veränderung unserer Bevölkerung, hat natürlich erhebliche Aus-

wirkungen auf unsere Gesellschaft und erinnert an ein Zitat von Bertold Brecht, das er anlässlich des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR auf Flugblättern in Berlin verteilen ließ, auf denen zu lesen war, dass das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt habe und es nur durch verdoppelte Arbeit zurückerobert werden könne. Wäre es da nicht einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes.

*Uwe von Faltn,
Stadtrat Bad Reichenhall*

SEXUALSTRAFTATEN

2000

	Deutschland:	7.571
	Großbritannien:	8.593
	Frankreich:	7.500
	Polen:	2.399

2024

	Deutschland:	41.143
	Großbritannien:	68.109
	Frankreich:	42.400
	Polen:	1.127

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik